Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/9955

17. 02. 98

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 29. November 1996 über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zum Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof

A. Zielsetzung

Mit dem Übereinkommen vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – GVÜ – sowie dem Protokoll vom 3. Juni 1971 betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften ist der wichtigste Bereich des zwischenstaatlichen Zivilprozeßrechts im Rahmen der EU vereinheitlicht. Im Rahmen der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften wurde das Übereinkommen auf Dänemark, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, auf Griechenland sowie auf Spanien und Portugal (Beitrittsübereinkommen von 1978, 1982 und 1989) ausgedehnt. Österreich, Finnland und Schweden haben sich bei ihrer Aufnahme in die Europäische Union verpflichtet, dem GVÜ und dem Auslegungsprotokoll in der Fassung des Übereinkommens vom 9. Oktober 1978, des Übereinkommens vom 25. Oktober 1982 und des Übereinkommens vom 26. Mai 1989 ebenfalls beizutreten.

B. Lösung

Die Verhandlungen über die Anpassungen des Übereinkommens und des Auslegungsprotokolls an das Gerichtsverfassungs- und Verfahrensrecht der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden haben zum (Vierten) Beitrittsübereinkommen vom 29. November 1996 geführt. Nach der Ratifikation werden Österreich, Finnland und Schweden als neue Mitgliedstaaten an den mit dem GVÜ verbundenen Erleichterungen des Zivilrechtsverkehrs teilhaben.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (121) – 451 00 – Üb 99/98

Bonn, den 17. Februar 1998

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 29. November 1996 über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zum Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 721. Sitzung am 6. Februar 1998 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 29. November 1996 über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zum Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 29. November 1996 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zum Übereinkommen vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (BGBl. 1972 II S. 773) sowie zum Protokoll vom 3. Juni 1971 betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof (BGBl. 1972 II S. 845) in der Fassung des Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (BGBl. 1983 II S. 802), des Übereinkommens über den Beitritt der Republik Griechenland (BGBl. 1988 II S. 453) und des Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (BGBl. 1994 II S. 518) wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 16 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 16 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund und Länder werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Die Ausführung des Gesetzes wird keine Auswirkungen auf Einzelpreise oder auf das Preisniveau haben.

Übereinkommen über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zum Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof in der Fassung des Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, des Übereinkommens über den Beitritt der Republik Griechenland und des Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik

Convention on the accession of the Republic of Austria, the Republic of Finland and the Kingdom of Sweden to the Convention on jurisdiction and the enforcement of judgments in civil and commercial matters and to the Protocol on its interpretation by the Court of Justice, with the adjustments made to them by the Convention on the accession of the Kingdom of Denmark, of Ireland and of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, by the Convention on the accession of the Hellenic Republic and by the Convention on the accession of the Kingdom of Spain and the Portuguese Republic

Convention relative à l'adhésion de la république d'Autriche, de la république de Finlande et du royaume de Suède à la convention concernant la compétence judiciaire et l'exécution de décisions en matière civile et commerciale, ainsi qu'au protocole concernant son interprétation par la Cour de justice, avec les adaptations y apportées par la convention relative à l'adhésion du royaume de Danemark, de l'Irlande et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, par la convention relative à l'adhésion de la République hellénique et par la convention relative à l'adhésion du royaume d'Espagne et de la République portugaise

Präambel

Die Hohen Vertragsparteien des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft –

in der Erwägung, daß die Republik Österreich, die Republik Finnland und das Königreich Schweden mit ihrem Beitritt zur Europäischen Union die Verpflichtung eingegangen sind, dem Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie dem Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof in der Fassung des Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs

Preamble

The High Contracting Parties to the treaty establishing the European community,

Considering that the Republic of Austria, the Republic of Finland and the Kingdom of Sweden, in becoming members of the European Union, undertook to accede to the Convention on jurisdiction and the enforcement of judgments in civil and commercial matters and to the Protocol on its interpretation by the Court of Justice, with the adjustments made to them by the Convention on the accession of the Kingdom of Denmark, of Ireland and of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the adjustments made to them by the Con-

Préambule

Les Hautes Parties Contractantes au traité instituant la Communauté européenne,

Considérant que la république d'Autriche, la république de Finlande et le royaume de Suède, en devenant membres de l'Union européenne, se sont engagés à adhérer à la convention concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale et au protocole concernant l'interprétation de cette convention par la Cour de justice, avec les adaptations y apportées par la convention relative à l'adhésion du royaume de Danemark, de l'Irlande et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, les

Großbritannien und Nordirland, des Übereinkommens über den Beitritt der Republik Griechenland und des Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik beizutreten und zu diesem Zweck mit den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Verhandlungen im Hinblick auf die erforderlichen Anpassungen aufzunehmen.

in dem Bewußtsein, daß die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) am 16. September 1988 in Lugano das Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen geschlossen haben, mit dem die Grundsätze des Brüsseler Übereinkommens auf die Staaten ausgedehnt werden, die Vertragsparteien des genannten Übereinkommens werden –

sind wie folgt übereingekommen:

vention on the accession of the Hellenic Republic and the adjustments made to them by the Convention of the Kingdom of Spain and the Portuguese Republic, and to this end undertook to enter into negotiations with the Member States of the Community in order to make the necessary adjustments thereto,

Mindful that, on 16 September 1988, the Member States of the European Community and the Member States of the European Free Trade Association (EFTA) concluded in Lugano the Convention on jurisdiction and the enforcement of judgments in civil and commercial matters, which extends the principles of the Brussels Convention to the States becoming parties to that Convention,

Have agreed as follows:

adaptations y apportées par la convention relative à l'adhésion de la République hellénique, ainsi que les adaptations y apportées par la convention relative à l'adhésion du royaume d'Espagne et de la République portugaise et à entamer à cet effet des négociations avec les États membres de la Communauté pour y apporter les adaptations nécessaires;

Conscients que, le 16 septembre 1988, les États membres de la Communauté européenne et les États membres de l'Association européenne de libre-échange (AELE) ont conclu à Lugano la convention concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale, qui étend les principes de la convention de Bruxelles aux États qui seront parties à cette convention,

Sont convenues des dispositions qui suivent:

Titel I
Allgemeine Vorschriften

Title I
General provisions

Titre premier
Dispositions générales

Artikel 1

Die Republik Österreich, die Republik Finnland und das Königreich Schweden treten dem am 27. September 1968 in Brüssel unterzeichneten Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – im folgenden als „Übereinkommen von 1968" bezeichnet – sowie dem am 3. Juni 1971 in Luxemburg unterzeichneten Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof – im folgenden als „Protokoll von 1971" bezeichnet – in der Fassung folgender Übereinkommen bei:

a) des am 9. Oktober 1978 in Luxemburg unterzeichneten Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zum Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof – im folgenden als „Übereinkommen von 1978" bezeichnet;

b) des am 25. Oktober 1982 in Luxemburg unterzeichneten Übereinkommens über den Beitritt der Republik Griechenland zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zum Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof in der Fassung des Übereinkommens über den Beitritt des

Article 1

The Republic of Austria, the Republic of Finland and the Kingdom of Sweden hereby accede to the Convention on jurisdiction and the enforcement of judgments in civil and commercial matters, signed at Brussels on 27 September 1968 (hereinafter referred to as "the 1968 Convention") and to the Protocol on its interpretation by the Court of Justice, signed at Luxembourg on 3 June 1971 (hereinafter referred to as "the 1971 Protocol"), with all the adjustments and amendments made to them:

(a) by the Convention, signed at Luxembourg on 9 October 1978 (hereinafter referred to as "the 1978 Convention"), on the accession of the Kingdom of Denmark, of Ireland and of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the Convention on jurisdiction and the enforcement of judgments in civil and commercial matters, and to the Protocol on its interpretation by the Court of Justice;

(b) by the Convention, signed at Luxembourg on 25 October 1982 (hereinafter referred to as "the 1982 Convention"), on the accession of the Hellenic Republic to the Convention on jurisdiction and the enforcement of judgments in civil and commercial matters, and to the Protocol on its interpretation by the Court of Justice, with the adjustments made to them by the Convention on the accession of the Kingdom of Denmark,

Article premier

La république d'Autriche, la républiqe de Finlande et le royaume de Suède adhèrent à la convention concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale, signée à Bruxelles le 27 septembre 1968, ci-après dénommée «convention de 1968», et au protocole concernant son interprétation par la Cour de justice, signé à Luxembourg le 3 juin 1971, ci-après dénommé «protocole de 1971», tel qu'il résulte de toutes les adaptations et modifications y apportées:

a) par la convention, signée à Luxembourg, le 9 octobre 1978 et ci-après dénommée «convention de 1978», relative à l'adhésion du royaume de Danemark, de l'Irlande et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord à la convention concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale, ainsi qu'au protocole concernant son interprétation par la Cour de justice;

b) par la convention, signée à Luxembourg le 25 octobre 1982 et ci-après dénommée «convention de 1982», relative à l'adhésion de la République hellénique à la convention concernant la compétence judiciaire et l'éxécution des décisions en matière civile et commerciale, ainsi qu'au protocole concernant son interprétation par la Cour de justice, avec les adaptations y apportées par la convention relative à l'ad-

Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland – im folgenden als „Übereinkommen von 1982" bezeichnet;

c) des am 26. Mai 1989 in San Sebastian unterzeichneten Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zum Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof in der Fassung des Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und des Übereinkommens über den Beitritt der Republik Griechenland – im folgenden als „Übereinkommen von 1989" bezeichnet.

of Ireland and of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland;

(c) by the Convention, signed in San Sebastian on 26 May 1989 (hereinafter referred to as "the 1989 Convention"), on the accession of the Kingdom of Spain and the Portuguese Republic to the Convention on jurisdiction and the enforcement of judgments in civil and commercial matters, and to the Protocol on its interpretation by the Court of Justice, with the adjustments made to them by the Convention on the accession of the Kingdom of Denmark, of Ireland and of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the adjustments made to them by the Convention on the accession of the Hellenic Republic.

hésion du royaume de Danemark, de l'Irlande et du Royaume Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord;

c) par la convention, signée à San Sebastian le 26 mai 1989 et ci-après dénommée «convention de 1989», relative à l'adhésion du royaume d'Espagne et de la République portugaise à la convention concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale, ainsi qu'au protocole concernant son interprétation par la Cour de justice, avec les adaptations y apportées par la convention relative à l'adhésion du royaume de Danemark, de l'Irlande et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et les adaptations y apportées par la convention relative à l'adhésion de la République hellénique.

Titel II

Anpassungen des Übereinkommens von 1968

Artikel 2

In Artikel 3 Absatz 2 des Übereinkommens von 1968 in der Fassung des Artikels 4 des Übereinkommens von 1978, des Artikels 3 des Übereinkommens von 1982 und des Artikels 3 des Übereinkommens von 1989 werden folgende Gedankenstriche eingefügt:

a) zwischen dem neunten und zehnten Gedankenstrich:

„– in Österreich: § 99 der Jurisdiktionsnorm,";

b) zwischen dem zehnten und elften Gedankenstrich:

„– in Finnland: Kapitel 10 § 1 Absatz 1 Sätze 2, 3 und 4 der Prozeßordnung (oikeudenkäymiskaari/rättegångsbalken);

– in Schweden: Kapitel 10 § 3 Absatz 1 Satz 1 der Prozeßordnung (rättegångsbalken),".

Artikel 3

In Artikel 32 Absatz 1 des Übereinkommens von 1968 in der Fassung des Artikels 16 des Übereinkommens von 1978, des Artikels 4 des Übereinkommens von 1982 und des Artikels 10 des Übereinkommens von 1989 werden folgende Gedankenstriche eingefügt:

a) zwischen dem zehnten und elften Gedankenstrich:

„– in Österreich an das Bezirksgericht;",

b) zwischen dem elften und zwölften Gedankenstrich:

Title II

Adjustments to the 1968 Convention

Article 2

The following indents shall be inserted in the second paragraph of Article 3 of the 1968 Convention, as amended by Article 4 of the 1978 Convention, Article 3 of the 1982 Convention and Article 3 of the 1989 Convention:

(a) between the 9th and 10th indents:

"– in Austria: Article 99 of the Law on Court Jurisdiction (Jurisdiktionsnorm),";

(b) between the 10th and 11th indents:

"– in Finland: the second, third and fourth sentences of the first paragraph of Section 1 of Chapter 10 of the Code of Judicial Procedure (oikeudenkäymiskaari/rättegångsbalken),

– in Sweden: the first sentence of the first paragraph of Section 3 of Chapter 10 of the Code of Judicial Procedure (rättegångsbalken),".

Article 3

The following indents shall be inserted in Article 32 (1) of the 1968 Convention, as amended by Article 16 of the 1978 Convention, Article 4 of the 1982 Convention and Article 10 of the 1989 Convention:

(a) between the 10th and 11th indents:

"– in Austria to the Bezirksgericht,";

(b) between the 11th and 12th indents:

Titre II

Adaptations de la convention de 1968

Article 2

À l'article 3 deuxième alinéa de la convention de 1968, tel que modifié par l'article 4 de la convention de 1978, l'article 3 de la convention de 1982 et l'article 3 de la convention de 1989, les tirets suivants sont insérés:

a) entre le neuvième et le dixième tiret:

«– en Autriche: l'article 99 de la loi sur la compétence judiciaire (Jurisdiktionsnorm)»;

b) entre le dixième et le onzième tiret:

«– en Finlande: oikeudenkäymiskaari/rättegångsbalken, chapitre 10 article 1er premier alinéa deuxième, troisième et quatrième phrases,

– en Suède: le chapitre 10 article 3 premier alinéa première phrase du code de procédure judiciaire (rättegångsbalken)».

Article 3

À l'article 32 paragraphe 1 de la convention de 1968, tel que modifié par l'article 16 de la convention de 1978, l'article 4 de la convention de 1982 et l'article 10 de la convention de 1989, les tirets suivants sont insérés:

a) entre le dixième et le onzième tiret:

«– en Autriche, au Bezirksgericht»;

b) entre le onzième et le douzième tiret:

„– in Finnland an das ‚käräjäoikeus/tingsrätt';

– in Schweden an das ‚Svea hovrätt';".

Artikel 4

(1) In Artikel 37 Absatz 1 des Übereinkommens von 1968 in der Fassung des Artikels 17 des Übereinkommens von 1978, des Artikels 5 des Übereinkommens von 1982 und des Artikels 11 des Übereinkommens von 1989 werden folgende Gedankenstriche eingefügt:

a) zwischen dem zehnten und elften Gedankenstrich:

„– in Österreich bei dem Bezirksgericht;",

b) zwischen dem elften und zwölften Gedankenstrich:

„– in Finnland bei dem ‚hovioikeus-/hovrätt';

– in Schweden bei dem ‚Svea hovrätt';".

(2) In Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens von 1968 in der Fassung des Artikels 17 des Übereinkommens von 1978, des Artikels 5 des Übereinkommens von 1982 und des Artikels 11 Absatz 2 des Übereinkommens von 1989 werden folgende Gedankenstriche eingefügt:

a) zwischen dem vierten und fünften Gedankenstrich:

„– in Österreich im Fall eines Rekursverfahrens der Revisionsrekurs und im Fall eines Widerspruchsverfahrens die Berufung mit der allfälligen Möglichkeit einer Revision;",

b) zwischen dem fünften und sechsten Gedankenstrich:

„– in Finnland: ein Rechtsbehelf bei dem ‚korkein oikeus/högsta domstolen';

– in Schweden: ein Rechtsbehelf bei dem ‚Högsta domstolen';".

Artikel 5

In Artikel 40 Absatz 1 des Übereinkommens von 1968 in der Fassung des Artikels 19 des Übereinkommens von 1978, des Artikels 6 des Übereinkommens von 1982 und des Artikels 12 des Übereinkommens von 1989 werden folgende Gedankenstriche eingefügt:

a) zwischen dem zehnten und elften Gedankenstrich:

„– in Österreich bei dem Bezirksgericht;",

b) zwischen dem elften und zwölften Gedankenstrich:

„– in Finnland bei dem ‚hovioikeus/hovrätt';

– in Schweden bei dem ‚Svea hovrätt';".

"– in Finland, to the käräjäoikeus/tingsrätt,

– in Sweden, to the Svea hovrätt,".

Article 4

1. The following indents shall be inserted in Article 37 (1) of the 1968 Convention, as amended by Article 17 of the 1978 Convention, Article 5 of the 1982 Convention and Article 11 of the 1989 Convention:

(a) between the 10th and 11th indents:

"– in Austria with the Bezirksgericht,";

(b) between the 11th and 12th indents:

"– in Finland, with the hovioikeus/hovrätt,

– in Sweden, with the Svea hovrätt,".

2. The following shall be inserted in Article 37 (2) of the 1968 Convention, as amended by Article 17 of the 1978 Convention, Article 5 of the 1982 Convention and the second paragraph of Article 11 of the 1989 Convention:

(a) between the fourth and fifth indents:

"– in Austria, in the case of an appeal, by a Revisionsrekurs and, in the case of opposition proceedings, by a Berufung with the possibility of a revision,";

(b) between the fifth and sixth indents:

"– in Finland, by an appeal to korkein oikeus/högsta domstolen,

– in Sweden by an appeal to Högsta domstolen".

Article 5

The following indents shall be inserted in Article 40 (1) of the 1968 Convention, as amended by Article 19 of the 1978 Convention, Article 6 of the 1982 Convention and Article 12 of the 1989 Convention:

(a) between the 10th and 11th indents:

"– in Austria, to the Bezirksgericht,";

(b) between the 11th and 12th indents:

"– in Finland, to hovioikeus/hovrätten,

– in Sweden, to the Svea hovrätt,".

«– en Finlande, au käräjäoikeus/tingsrätt,

– en Suède, au Svea hovrätt».

Article 4

1. À l'article 37 paragraphe 1 de la convention de 1968, tel que modifié par l'article 17 de la convention de 1978, l'article 5 de la convention de 1982 et l'article 11 de la convention de 1989, les tirets suivants sont insérés:

a) entre le dixième et le onzième tiret:

«– en Autriche, devant le Bezirksgericht»;

b) entre le onzième et le douzième tiret:

«– en Finlande, devant hovioikeus/hovrätt,

– en Suède, au Svea hovrätt».

2. À l'article 37 paragraphe 2 de la convention de 1968, tel que modifié par l'article 17 de la convention de 1978, l'article 5 de la convention de 1982 et l'article 11 deuxième alinéa de la convention de 1989, les tirets suivants sont insérés:

a) entre le quatrième et le cinquième tiret:

«– en Autriche, dans le cas d'un recours, que du Revisionsrekurs et, dans le cas d'une opposition, que du recours (Berufung) avec la faculté éventuelle d'une révision»;

b) entre le cinquème et le sixième tiret:

«– en Finlande, que d'un recours devant korkein oikeus/högsta domstolen,

– en Suède, que d'un recours devant Högsta domstolen».

Article 5

À l'article 40 paragraphe 1 de la convention de 1968, tel que modifié par l'article 19 de la convention de 1978, l'article 6 de la convention de 1982 et l'article 12 de la convention de 1989, les tirets suivants sont insérés:

a) entre le dixième et le onzième tiret:

«– en Autriche, devant le Bezirksgericht»;

b) entre le onzième et le douzième tiret:

«– en Finlande, devant hovioikeus/hovrätten,

– en Suède, au Svea hovrätt».

Artikel 6

In Artikel 41 des Übereinkommens von 1968 in der Fassung des Artikels 20 des Übereinkommens von 1978, des Artikels 7 des Übereinkommens von 1982 und des Artikels 13 des Übereinkommens von 1989 werden folgende Gedankenstriche eingefügt:

a) zwischen dem vierten und fünften Gedankenstrich:

„– in Österreich: der Revisionsrekurs;“,

b) zwischen dem fünften und sechsten Gedankenstrich:

„– in Finnland: ein Rechtsbehelf bei dem ‚korkein oikeus/högsta domstolen‘;

– in Schweden: ein Rechtsbehelf bei dem ‚Högsta domstolen‘;“.

Artikel 7

In Artikel 55 des Übereinkommens von 1968 in der Fassung des Artikels 24 des Übereinkommens von 1978, des Artikels 8 des Übereinkommens von 1982 und des Artikels 18 des Übereinkommens von 1989 werden in der Aufzählung der Übereinkünfte an der chronologisch entsprechenden Stelle folgende Gedankenstriche eingefügt:

„– das am 25. Oktober 1957 in Wien unterzeichnete belgisch-österreichische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden betreffend Unterhaltsverpflichtungen;

– den am 6. Juni 1959 in Wien unterzeichneten deutsch-österreichischen Vertrag über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Vergleichen und öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen;

– das am 16. Juni 1959 in Wien unterzeichnete belgisch-österreichische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechts;

– den am 14. Juli 1961 in Wien unterzeichneten britisch-österreichischen Vertrag über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen und das am 6. März 1970 in London unterzeichnete Protokoll;

– das am 6. Februar 1963 in Den Haag unterzeichnete niederländisch-österreichische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechts;

– das am 15. Juli 1966 in Wien unterzeichnete französisch-österreichische

Article 6

The following indents shall be inserted in Article 41 of the 1968 Convention, as amended by Article 20 of the 1978 Convention, Article 7 of the 1982 Convention and Article 13 of the 1989 Convention:

(a) between the fourth and fifth indents:

“– in Austria, by a Revisionsrekurs,”;

(b) between the fifth and sixth indents:

“– in Finland, by an appeal to korkein oikeus/högsta domstolen,

– in Sweden, by an appeal to Högsta domstolen,”.

Article 7

The following shall be inserted at the appropriate places in chronological order in the list of Conventions set out in Article 55 of the 1968 Convention, as amended by Article 24 of the 1978 Convention, Article 8 of the 1982 Convention and Article 18 of the 1989 Convention:

“– the Convention between the Kingdom of Belgium and Austria on the reciprocal recognition and enforcement of judgments and authentic instruments relating to maintenance obligations, signed at Vienna on 25 October 1957,

– the Convention between the Federal Republic of Germany and Austria on the reciprocal recognition and enforcement of judgments, settlements and authentic instruments in civil and commercial matters, signed at Vienna on 6 June 1959,

– the Convention between the Kingdom of Belgium and Austria on the reciprocal recognition and enforcement of judgments, arbitral awards and authentic instruments in civil and commercial matters, signed at Vienna on 16 June 1959,

– the Convention between the United Kingdom and Austria providing for the reciprocal recognition and enforcement of judgments in civil and commercial matters, signed at Vienna on 14 July 1961, with amending Protocol signed at London on 6 March 1970,

– the Convention between the Kingdom of the Netherlands and Austria on the reciprocal recognition and enforcement of judgments and authentic instruments in civil and commercial matters, signed at The Hague on 6 February 1963,

– the Convention between France and Austria on the recognition and enforce-

Article 6

À l'article 41 de la convention de 1968, tel que modifié par l'article 20 de la convention de 1978, l'article 7 de la convention de 1982 et l'article 13 de la convention de 1989, les tirets suivants sont insérés:

a) entre le quatrième et le cinquième tiret:

«– en Autriche, que d'un Revisionsrekurs»;

b) entre le cinquième et le sixième tiret:

«– en Finlande, que d'un recours devant korkein oikeus/högsta domstolen,

– en Suède, que d'un recours devant Högsta domstolen».

.Article 7

L'article 55 de la convention de 1968, tel que modifié par l'article 24 de la convention de 1978, l'article 8 de la convention de 1982 et l'article 18 de la convention de 1989, est complété par les adjonctions suivantes, qui sont insérées à leur place dans la liste des conventions suivant l'ordre chronologique:

«– la convention entre le royaume de Belgique et l'Autriche sur la reconnaissance et l'exécution réciproques des décisions judiciaires et des actes authentiques en matière d'obligations alimentaires, signée à Vienne le 25 octobre 1957,

– la convention entre la république fédérale d'Allemagne et l'Autriche sur la reconnaissance et l'exécution réciproques des décisions et transactions judiciaires et des actes authentiques en matière civile et commerciale, signée à Vienne le 6 juin 1959,

– la convention entre le royaume de Belgique et l'Autriche sur la reconnaissance et l'exécution réciproques des décisions judiciaires, sentences arbitrales et actes authentiques en matière civile et commerciale, signée à Vienne le 16 juin 1959,

– la convention entre le Royaume-Uni et l'Autriche sur la reconnaissance et l'exécution réciproques des décisions judiciaires en matière civile et commerciale, signée à Vienne le 14 juillet 1961, ainsi que le protocole de modification signé à Londres le 6 mars 1970,

– la convention entre le royaume des Pays-Bas et l'Autriche sur la reconnaissance et l'exécution réciproques des décisions judiciaires et des actes authentiques en matière civile et commerciale, signée à La Haye le 6 février 1963,

– la convention entre la France et l'Autriche sur la reconnaissance et

Abkommen über die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechts;

ment of judgments and authentic instruments in civil and commercial matters, signed at Vienna on 15 July 1966,

l'exécution des décisions judiciaires et des actes authentiques en matière civile et commerciale, signée à Vienne le 15 juillet 1966,

- das am 29. Juli 1971 in Luxemburg unterzeichnete luxemburgisch-österreichische Abkommen über die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechts;

- the Convention between Luxembourg and Austria on the recognition and enforcement of judgments and authentic instruments in civil and commercial matters, signed at Luxembourg on 29 July 1971,

- la convention entre le Luxembourg et l'Autriche sur la reconnaissance et l'exécution des décisions judiciaires et des actes authentiques en matière civile et commerciale, signée à Luxembourg le 29 juillet 1971,

- das am 16. November 1971 in Rom unterzeichnete italienisch-österreichische Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, von gerichtlichen Vergleichen und von Notariatsakten;

- the Convention between Italy and Austria on the recognition and enforcement of judgments in civil and commercial matters, of judicial settlements and of authentic instruments, signed at Rome on 16 November 1971,

- la convention entre l'Italie et l'Autriche sur la reconnaissance et l'exécution des décisions judiciaires en matière civile et commerciale, des transactions judiciaires et des actes notariés signée à Rome le 16 novembre 1971,

- das am 11. Oktober 1977 in Kopenhagen unterzeichnete Übereinkommen zwischen Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivilsachen;

- the Convention between Finland, Iceland, Norway, Sweden and Denmark on the recognition and enforcement of judgments in civil matters, signed at Copenhagen on 11 October 1977,

- la convention entre la Finlande, l'Islande, la Norvège, la Suède et le Danemark sur la reconnaissance et l'exécution des décisions en matière civile, signée à Copenhague le 11 octobre 1977,

- das am 16. September 1982 in Stockholm unterzeichnete österreichisch-schwedische Abkommen über die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen in Zivilsachen;

- the Convention between Austria and Sweden on the recognition and enforcement of judgments in civil matters, signed at Stockholm on 16 September 1982,

- la convention entre l'Autriche et la Suède sur la reconnaissance et l'exécution des jugements en matière civile, signée à Stockholm le 16 septembre 1982,

- das am 17. Februar 1984 in Wien unterzeichnete österreichisch-spanische Abkommen über die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Vergleichen und vollstreckbaren öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen;

- the Convention between Austria and Spain on the recognition and enforcement of judgments, settlements and enforceable authentic instruments in civil and commercial matters, signed at Vienna on 17 February 1984,

- la convention entre l'Autriche et l'Espagne sur la reconnaissance et l'exécution des décisions et transactions judiciaires et des actes authentiques exécutoires en matière civile et commerciale, signée à Vienne le 17 février 1984

et

- das am 17. November 1986 in Wien unterzeichnete finnisch-österreichische Abkommen über die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen in Zivilsachen."

- the Convention between Finland and Austria on the recognition and enforcement of judgments in civil matters, signed at Vienna on 17 November 1986."

- la convention entre la Finlande et l'Autriche sur la reconnaissance et l'exécution des jugements en matière civile, signée à Vienne le 17 novembre 1986.»

Titel III

Anpassungen des dem Übereinkommen von 1968 beigefügten Protokolls

Artikel 8

Artikel V des dem Übereinkommen von 1968 beigefügten Protokolls erhält folgende Fassung:

„Artikel V

Die in Artikel 6 Nummer 2 und Artikel 10 für eine Gewährleistungs- oder Interventionsklage vorgesehene Zuständigkeit kann weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in Österreich geltend gemacht werden. Jede Person, die ihren Wohnsitz in einem anderen Vertragsstaat hat, kann vor Gericht geladen werden

- in der Bundesrepublik Deutschland nach den §§ 68 und 72 bis 74 der Zivilprozeßordnung, die für die Streitverkündung gelten,

Title III

Adjustments to the Protocol annexed to the 1968 Convention

Article 8

The following shall be substituted for Article V of the Protocol annexed to the 1968 Convention:

"Article V

The jurisdiction specified in Articles 6 (2) and 10 in actions on a warranty or guarantee or in any other third party proceedings may not be resorted to in the Federal Republic of Germany or in Austria. Any person domiciled in another Contracting State may be sued in the courts:

- of the Federal Republic of Germany, pursuant to Articles 68, 72, 73 and 74 of the code of civil procedure (Zivilprozessordnung) concerning third-party notices,

Titre III

Adaptations du protocole annexé à la convention de 1968

Article 8

L'article V du protocole annexé à la convention de 1968 est remplacé par le texte suivant:

«Article V

La compétence judiciaire prévue à l'article 6 point 2 et à l'article 10 pour la demande en garantie ou la demande en intervention ne peut être invoquée ni dans la république fédérale d'Allemagne, ni dans la république d'Autriche. Toute personne domiciliée sur le territoire d'un autre État contractant peut être appelée devant les tribunaux de:

- la république fédérale d'Allemagne, en application des articles 68 et 72 à 74 du code de procédure civile concernant la litis denuntiatio,

– in Österreich nach § 21 der Zivilprozeßordnung, der für die Streitverkündigung gilt.

Entscheidungen, die in den anderen Vertragsstaaten aufgrund des Artikels 6 Nummer 2 und des Artikels 10 ergangen sind, werden in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich nach Titel III anerkannt und vollstreckt. Die Wirkungen, welche die in diesen Staaten ergangenen Entscheidungen nach Absatz 1 gegenüber Dritten haben, werden auch in den anderen Vertragsstaaten anerkannt."

Artikel 9

Artikel Va des dem Übereinkommen von 1968 beigefügten Protokolls wird wie folgt ergänzt:

„Bei den summarischen Verfahren ‚betalningsföreläggande' (Mahnverfahren) und ‚handräckning' (Beistandsverfahren) umfaßt der Begriff ‚Gericht' auch die schwedische ‚kronofogdemyndighet' (Amt für Beitreibung)."

Artikel 10

Das Protokoll zum Übereinkommen von 1968 wird durch folgenden Artikel ergänzt:

„Artikel Ve

Als öffentliche Urkunden Im Sinne des Artikels 50 Absatz 1 des Übereinkommens werden auch vor Verwaltungsbehörden geschlossene oder von ihnen beurkundete Unterhaltsvereinbarungen oder -verpflichtungen angesehen."

Titel IV

Anpassungen des Protokolls von 1971

Artikel 11

Artikel 1 des Protokolls von 1971 in der Fassung des Artikels 30 des Übereinkommens von 1978, des Artikels 10 des Übereinkommens von 1982 und des Artikels 24 des Übereinkommens von 1989 wird durch folgenden Absatz ergänzt:

„Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften entscheidet ebenfalls über die Auslegung des Übereinkommens über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zum Übereinkommen vom 27. September 1968 und zum vorliegenden Protokoll in der Fassung der Übereinkommen von 1978, 1982 und 1989."

Artikel 12

In Artikel 2 Nummer 1 des Protokolls von 1971 in der Fassung des Artikels 31 des Übereinkommens von 1978, des Artikels 11 des Übereinkommens von 1982

– of Austria, pursuant to Article 21 of the code of civil procedure (Zivilprozessordnung) concerning third-party notices.

Judgments given in the other Contracting States by virtue of Article 6 (2) or 10 shall be recognized and enforced in the Federal Republic of Germany and in Austria in accordance with Title III. Any effects which judgments given in those States may have on third parties by application of the provisions in the preceding paragraph shall also be recognized in the other Contracting States."

Article 9

The following shall be added to Article Va of the Protocol annexed to the 1968 Convention:

"In Sweden, in summary proceedings concerning orders to pay (betalningsföreläggande) and assistance (handräckning), the expression 'court' includes the 'Swedish enforcement service' (kronofogdemyndighet)."

Article 10

The following article shall be added to the Protocol annexed to the 1968 Convention:

"Article Ve

Arrangements relating to maintenance obligations concluded with administrative authorities or authenticated by them shall also be regarded as authentic instruments within the meaning of the first paragraph of Article 50 of the Convention."

Title IV

Adjustments to the 1971 Protocol

Article 11

The following paragraph shall be added to Article 1 of the 1971 Protocol, as amended by Article 30 of the 1978 Convention, Article 10 of the 1982 Convention and Article 24 of the 1989 Convention:

"The Court of Justice of the European Communities shall also have jurisdiction to give rulings on the interpretation of the Convention on the accession of the Republic of Austria, the Republic of Finland and the Kingdom of Sweden to the Convention of 27 September 1968 and to this Protocol, as adjusted by the 1978 Convention, the 1982 Convention and the 1989 Convention."

Article 12

The following indents shall be inserted in Article 2 (1) of the 1971 Protocol, as amended by Article 31 of the 1978 Convention, Article 11 of the 1982 Convention

– la république d'Autriche, conformément à l'article 21 du Code de procédure civile (Zivilprozessordnung) concernant la litis denuntiatio.

Les décisions rendues dans les autres États contractants en vertu de l'article 6 point 2 et de l'article 10 sont reconnues et exécutées dans la république fédérale d'Allemagne et dans la république d'Autriche conformément au titre III. Les effets produits à l'égard des tiers, en application de l'alinéa précédent, par des jugements rendus dans ces États sont également reconnus dans les autres États contractants.»

Article 9

L'article V bis du protocole annexé à la convention de 1968 est complété par le texte suivant:

«En Suède, dans les procédures sommaires concernant les injonctions de payer (betalningsföreläggande) et l'assistance (handräckning), les termes «juge», «tribunal» et «juridiction» comprennent le service public suédois de recouvrement forcé (kronofogdemyndighet).»

Article 10

Le protocole annexé à la convention de 1968 est complété par l'article suivant:

«Article V sexto

Sont également considérées comme des actes authentiques au sens de l'article 50 premier alinéa de la convention, les conventions en matière d'obligations alimentaires conclues devant des autorités administratives ou authentifiées par elles.»

Titre IV

Adaptations du protocole de 1971

Article 11

L'article 1er du protocole de 1971, tel que modifié par l'article 30 de la convention de 1978, l'article 10 de la convention de 1982 et l'article 24 de la convention de 1989, est complété par l'alinéa suivant:

«La Cour de justice des Communautés européennes est également compétente pour statuer sur l'interprétation de la convention relative à l'adhésion de la république d'Autriche, de la république de Finlande et du royaume de Suède à la convention du 27 septembre 1968 et au présent protocole, tels qu'ils ont été adaptés par les conventions de 1978, de 1982 et de 1989.»

Article 12

À l'article 2 point 1 du protocole de 1971, tel que modifié par l'article 31 de la convention de 1978, l'article 11 de la convention de 1982 et l'article 25 de la con-

und des Artikels 25 des Übereinkommens von 1989 werden folgende Gedankenstriche eingefügt:

a) zwischen dem neunten und zehnten Gedankenstrich:

„– in Österreich: der ‚Oberste Gerichtshof', der ‚Verwaltungsgerichtshof' und der ‚Verfassungsgerichtshof',",

b) zwischen dem zehnten und elften Gedankenstrich:

„– in Finnland: ‚korkein oikeus/högsta domstolen' und ‚korkein hallintooikeus/högsta förvaltningsdomstolen',

– in Schweden: ‚Högsta domstolen', ‚Regeringsrätten', ‚Arbetsdomstolen' und ‚Marknadsdomstolen',".

and Article 25 of the 1989 Convention:

(a) between the 9th and 10th indents:

"– in Austria, the Oberste Gerichtshof, the Verwaltungsgerichtshof and the Verfassungsgerichtshof,";

(b) between the 10th and 11th indents:

"– in Finland, korkein oikeus/högsta domstolen and korkein hallintooikeus/högsta förvaltningsdomstolen,

– in Sweden, Högsta domstolen, Regeringsrätten, Arbetsdomstolen and Marknadsdomstolen,".

vention de 1989, les tirets suivants sont insérés:

a) entre le neuvième et le dixième tiret:

«– en Autriche: le Oberste Gerichtshof, le Verwaltungsgerichtshof et le Verfassungsgerichtshof»;

b) entre le dixième et le onzième tiret:

«– en Finlande: korkein oikeus/högsta domstolen et korkein hallintooikeus/högsta förvaltningsdomstolen,

– en Suède, Högsta domstolen, Regeringsrätten, Arbetsdomstolen et Marknadsdomstolen».

Titel V
Übergangsbestimmungen

Artikel 13

(1) Das Übereinkommen von 1968 und das Protokoll von 1971 in der Fassung des Übereinkommens von 1978, des Übereinkommens von 1982, des Übereinkommens von 1989 und des vorliegenden Übereinkommens sind nur auf solche Klagen und öffentlichen Urkunden anzuwenden, die erhoben oder aufgenommen worden sind, nachdem das vorliegende Übereinkommen im Ursprungsstaat und, wenn die Anerkennung oder Vollstreckung einer Entscheidung oder Urkunde geltend gemacht wird, im ersuchten Staat in Kraft getreten ist.

(2) Entscheidungen, die nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens zwischen dem Ursprungsstaat und dem ersuchten Staat aufgrund einer vor diesem Inkrafttreten erhobenen Klage ergangen sind, werden nach Maßgabe des Titels III des Übereinkommens von 1968 in der Fassung des Übereinkommens von 1978, des Übereinkommens von 1982, des Übereinkommens von 1989 und des vorliegenden Übereinkommens anerkannt und zur Zwangsvollstreckung zugelassen, vorausgesetzt, daß das Gericht aufgrund von Vorschriften zuständig war, die mit den Zuständigkeitsvorschriften des Titels II des Übereinkommens von 1968 in seiner geänderten Fassung oder eines Abkommens übereinstimmen, das im Zeitpunkt der Klageerhebung zwischen dem Ursprungsstaat und dem Staat, in dem die Entscheidung geltend gemacht wird, in Kraft war.

Title V
Transitional provisions

Article 13

1. The 1968 Convention and the 1971 Protocol, as amended by the 1978 Convention, the 1982 Convention, the 1989 Convention and by this Convention, shall apply only to legal proceedings instituted and to authentic instruments formally drawn up or registered after the entry into force of this Convention in the State of origin and, where recognition or enforcement of a judgment or authentic instrument is sought, in the State addressed.

2. However, judgments given after the date of entry into force of this Convention between the State of origin and the State addressed in proceedings instituted before that date shall be recognized and enforced in accordance with the provisions of Title III of the 1968 Convention, as amended by the 1978 Convention, the 1982 Convention, the 1989 Convention and this Convention, if jurisdiction was founded upon rules which accorded with the provisions of Title II, as amended, of the 1968 Convention, or with the provisions of a convention which was in force between the State of origin and the State addressed when the proceedings were instituted.

Titre V
Dispositions transitoires

Article 13

1. La convention de 1968 et le protocole de 1971, tels que modifiés par la convention de 1978, la convention de 1982, la convention de 1989 et la présente convention, ne sont applicables qu'aux actions judiciaires intentées et aux actes authentiques reçus postérieurement à l'entrée en vigueur de la présente convention dans l'État d'origine et, lorsque la reconnaissance ou l'exécution d'une décision ou d'un acte authentique est demandée, dans l'État requis.

2. Toutefois, les décisions rendues après la date d'entrée en vigueur de la présente convention, dans les rapports entre l'Etat d'origine et l'État requis, à la suite d'actions intentées avant cette date sont reconnues et exécutées conformément aux dispositions du titre III de la convention de 1968, tel que modifiée par la convention de 1978, la convention de 1982, la convention de 1989 et la présente convention, si la compétence était fondée sur des règles conformes aux dispositons du titre II modifié de la convention de 1968 ou aux dispositions prévues par une convention qui était en vigueur entre l'État d'origine et l'État requis lorsque l'action a été intentée.

Titel VI
Schlußbestimmungen

Artikel 14

(1) Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union übermittelt den Regierungen der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden eine beglaubigte Abschrift des Übereinkommens von 1968, des Protokolls

Title VI
Final provisions

Article 14

1. The Secretary-General of the Council of the European Union shall transmit a certified copy of the 1968 Convention, of the 1971 Protocol, of the 1978 Convention, of the 1982 Convention and of the 1989 Convention in the Danish, Dutch, English,

Titre VI
Dispositions finales

Article 14

1. Le secrétaire général du Conseil de l'Union européenne remet aux gouvernements de la république d'Autriche, de la république de Finlande et du royaume de Suède une copie certifiée conforme de la convention de 1968, du protocole de 1971,

von 1971, des Übereinkommens von 1978, des Übereinkommens von 1982 und des Übereinkommens von 1989 in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache.

(2) Der Wortlaut des Übereinkommens von 1968, des Protokolls von 1971, des Übereinkommens von 1978, des Übereinkommens von 1982 und des Übereinkommens von 1989 in finnischer und schwedischer Sprache ist gleichermaßen verbindlich wie die anderen Wortlaute des Übereinkommens von 1968, des Protokolls von 1971, des Übereinkommens von 1978, des Übereinkommens von 1982 und des Übereinkommens von 1989.

French, German, Greek, Irish, Italian, Spanish and Portuguese languages to the Governments of the Republic of Austria, the Republic of Finland and the Kingdom of Sweden.

2. The texts of the 1968 Convention, of the 1971 Protocol, of the 1978 Convention, of the 1982 Convention, and of the 1989 Convention, drawn up in the Finnish and Swedish languages, shall be authentic under the same conditions as the other texts of the 1968 Convention, the 1971 Protocol, the 1978 Convention, the 1982 Convention and the 1989 Convention.

de la convention de 1978, de la convention de 1982 et de la convention de 1989, en langues allemande, anglaise, danoise, espagnole, française, grecque, irlandaise, italienne, néerlandaise et portugaise.

2. Les textes de la convention de 1968, du protocole de 1971, de la convention de 1978, de la convention de 1982 et de la convention de 1989, établis en langues finnoise et suédoise font foi dans les mêmes conditions que les autres textes de la convention de 1968, du protocole de 1971, de la convention de 1978, de la convention de 1982 et de la convention de 1989.

Artikel 15

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär des Rates der Europäischen Union hinterlegt.

Article 15

This Convention shall be ratified by the signatory States. The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the Council of the European Union.

Article 15

La présente convention sera ratifiée par les États signataires. Les instruments de ratification seront déposés auprès du secrétaire général du Conseil de l'Union européenne.

Artikel 16

(1) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Tag folgt, an dem zwei Unterzeichnerstaaten, von denen einer die Republik Österreich, die Republik Finnland oder das Königreich Schweden ist, ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben.

(2) Für jeden anderen Unterzeichnerstaat tritt dieses Übereinkommen am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf die Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde folgt.

Article 16

1. This Convention shall enter into force on the first day of the third month following the date on which two signatory States, one of which is the Republic of Austria, the Republic of Finland or the Kingdom of Sweden, deposit their instruments of ratification.

2. This Convention shall produce its effects for any other signatory State on the first day of the third month following the deposit of its instrument of ratification.

Article 16

1. La présente convention entre en vigueur le premier jour du troisième mois après la date à laquelle deux États signataires, dont l'un est la république d'Autriche, la république de Finlande ou le royaume de Suède, auront déposé leurs instruments de ratification.

2. À l'égard de tout autre État signataire, la présente convention produira ses effets le premier jour du troisième mois qui suivra le dépôt de son instrument de ratification.

Artikel 17

Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union notifiziert den Unterzeichnerstaaten

a) die Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde;

b) die Tage, an denen dieses Übereinkommen für die Vertragsstaaten in Kraft tritt.

Article 17

The Secretary-General of the Council of the European Union shall notify the signatory States of:

(a) the deposit of each instrument of ratification;

(b) the dates of entry into force of this Convention for the Contracting States.

Article 17

Le secrétaire général du Conseil de l'Union européenne notifie aux États signataires:

a) le dépôt de tout instrument de ratification;

b) les dates d'entrée en vigueur de la présente convention pour les États contractants.

Artikel 18

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, finnischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer, schwedischer und spanischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Union hinterlegt. Der Generalsekretär übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

Article 18

This Convention, drawn up in a single original in the Danish, Dutch, English, Finnish, French, German, Greek, Irish, Italian, Portuguese, Spanish and Swedish languages, all 12 texts being equally authentic, shall be deposited in the archives of the General Secretariat of the Council of the European Union. The Secretary-General shall transmit a certified copy to the Government of each signatory State.

Article 18

La présente convention, rédigée en un exemplaire unique en langues allemande, anglaise, danoise, espagnole, finnoise, française, grecque, irlandaise, italienne, néerlandaise, portugaise et suédoise, les douze textes faisant également foi, est déposée dans les archives du Secrétariat général du Conseil de l'Union européenne. Le secrétaire général en remet une copie certifiée conforme à chacun des gouvernements des États signataires.

Geschehen zu Brüssel am neunundzwanzigsten November neunzehnhundertsechsundneunzig.

Done at Brussels on the twenty-ninth day of November in the year one thousand nine hundred and ninety-six.

Fait à Bruxelles, le vingt-neuf novembre mil neuf cent quatre-vingt-seize.

Denkschrift zum Übereinkommen

I. Allgemeine Bemerkungen

Am 27. September 1968 haben die damaligen sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft das Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (GVÜ) geschlossen, das am 1. Februar 1973 in Kraft getreten ist (BGBl. 1972 II S. 773 und 1973 II S. 60). Den rechtlichen Ausgangspunkt hierfür bildete Artikel 220 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wonach die Mitgliedstaaten vereinbarten, soweit erforderlich, Verhandlungen einzuleiten, um die Förmlichkeiten für die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung richterlicher Entscheidungen und Schiedssprüche zu vereinfachen (BGBl. 1957 II S. 753, 766). Zusätzlich zu diesem Übereinkommen einigten sich die Mitgliedstaaten 1971 auf ein Protokoll, worin festgelegt wurde, daß ihre obersten Zivilgerichte, bei denen in einem schwebenden Verfahren eine nicht eindeutig zu beantwortende Frage der Auslegung des Übereinkommens erheblich wird, diese Frage dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg zur Entscheidung vorlegen müssen; die Gerichte der zweiten Instanz haben ein Vorlagerecht. Das Protokoll ist am 1. September 1975 in Kraft getreten (BGBl. 1972 II S. 845 und 1975 II S. 1138). Das Vorlageverfahren soll eine einheitliche Anwendung des Übereinkommens im gesamten Vertragsgebiet sicherstellen.

Das Vereinigte Königreich, das Königreich Dänemark und die Republik Irland wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1973, die Republik Griechenland mit Wirkung vom 1. Januar 1981 und das Königreich Spanien und die Portugiesische Republik mit Wirkung vom 1. Januar 1986 Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (BGBl. 1972 II S. 1125 und 1973 II S. 175; BGBl. 1980 II S. 229, 1984 II S. 654 und 1981 II S. 15; BGBl. 1985 II S. 1249 und 1986 II S. 422). In Artikel 3 Abs. 2 der Beitrittsakte (BGBl. 1972 II S. 1125, 1144; BGBl. 1980 II S. 229, 235; BGBl. 1985 II S. 1249, 1262) verpflichteten sich diese Staaten, dem Übereinkommen von 1968 und dem Auslegungsprotokoll von 1971 in der jeweiligen Fassung beizutreten. Das Vereinigte Königreich, das Königreich Dänemark und die Republik Irland sind mit dem 1. Beitrittsübereinkommen vom 9. Oktober 1978 (BGBl. 1983 II S. 802), die Republik Griechenland durch das 2. Beitrittsübereinkommen vom 25. Oktober 1982 (BGBl. 1988 II S. 453), das Königreich Spanien und die Portugiesische Republik durch das 3. Beitrittsübereinkommen vom 26. Mai 1989 (BGBl. 1994 II S. 518) dem GVÜ beigetreten.

Seit 1985 – also noch vor dem Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – fanden Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone (EFTA) statt, die den Wunsch geäußert hatten, mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften ein Übereinkommen zu schließen, das auf gleichen Grundsätzen beruht wie das Brüsseler Übereinkommen von 1968. Diese Arbeiten mündeten in ein Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, welches am 16. September 1988 in Lugano zur Zeichnung aufgelegt worden ist. Dieses Übereinkommen, das sich weitgehend an das Brüsseler Übereinkommen von 1968 in der Fassung der Beitrittsübereinkommen von 1978 und 1982 anlehnt (im folgenden: Lugano-Übereinkommen), ist am 1. Januar 1992 für die Niederlande, Frankreich und die Schweiz in Kraft getreten. Seitdem ist es von Luxemburg, dem Vereinigten Königreich, Portugal, Italien, Schweden, Norwegen, Finnland, Irland, Spanien, Deutschland, Island, Dänemark und Österreich ratifiziert worden. Das Lugano-Übereinkommen hat auch die Weiterentwicklung des vorrangigen GVÜ beeinflußt.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1995 traten die Republik Österreich, die Republik Finnland und das Königreich Schweden als neue Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei (BGBl. 1994 II S. 2022 und 1996 II S. 1486). In Artikel 4 Abs. 2 der Beitrittsakte (BGBl. 1994 II S. 2022, 2031) haben sich diese drei Staaten verpflichtet, dem Übereinkommen von 1968 und dem Auslegungsprotokoll von 1971 beizutreten und mit den zwölf übrigen Mitgliedstaaten Verhandlungen über die erforderlichen Anpassungen des Übereinkommens und des Protokolls an das Verfahrensrecht Österreichs, Finnlands und Schwedens aufzunehmen. Eine Arbeitsgruppe, die auf Antrag der betreffenden Regierungen eingesetzt worden ist, hat in mehreren Sitzungen im Mai und Juni 1996 das Beitrittsübereinkommen ausgearbeitet. Dieses Übereinkommen ist am 29. November 1996 in Brüssel von allen EU-Mitgliedstaaten gezeichnet worden.

II. Wesentlicher Inhalt des Übereinkommens von 1968 und des Protokolls von 1971

Das Übereinkommen von 1968 regelt im wesentlichen zwei Bereiche, nämlich die internationale gerichtliche Zuständigkeit (Artikel 2 bis 24) und die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen aus Vertragsstaaten (Artikel 25 bis 49). Die Vorschriften über die gerichtliche Zuständigkeit legen in den Fällen, die eine Beziehung zu mehreren Staaten aufweisen, direkte Zuständigkeiten fest. Ist das angerufene Gericht nach diesen Vorschriften nicht zuständig, kann es in der Sache nicht entscheiden. In den Artikeln 25 bis 49 ist ein einfaches und schnelles Verfahren für die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen vorgesehen, die in einem anderen Vertragsstaat erlassen worden sind; Ergänzungen zu den Vorschriften dieses Teils des Übereinkommens enthalten die §§ 36 bis 38 des Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetzes vom 30. Mai 1988 (BGBl. 1988 I S. 662; 1994 II S. 2658; 1996 I S. 1546, 1547).

III. 1. Beitrittsübereinkommen

Das Übereinkommen vom 9. Oktober 1978 über den Beitritt Dänemarks, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zum Übereinkommen von 1968 hat die Zuständigkeitsregeln um Bestimmungen

über trust-Sachen (Artikel 5 Abs. 4, Artikel 11 und 23 des Beitrittsübereinkommens) und über die Seegerichtsbarkeit (Artikel 5 Abs. 4, Artikel 6 und 36) erweitert. Zu diesen durch die besonderen Verhältnisse in den Beitrittsstaaten bedingten Neuerungen kamen Erweiterungen beim Verbraucherschutz (Artikel 10) und Neuregelungen der Zuständigkeit in Versicherungssachen (Artikel 7 bis 9) sowie – vornehmlich auf britischen Wunsch hin – der Zuständigkeitsvereinbarungen (Artikel 11) hinzu.

Die sonstigen Änderungen des GVÜ selbst waren im wesentlichen technischer Natur. Hierbei handelte es sich um die notwendige Ergänzung des Katalogs der ausgeschlossenen „exorbitanten" Gerichtsstände (Artikel 4) und die Aufzählung der im Rahmen des Vollstreckungsverfahrens in den Mitgliedstaaten zuständigen Gerichte (Artikel 16f., 19f.). Ferner waren einige Formulierungen nach praktischen Erfahrungen klarzustellen bzw. zu ergänzen (z.B. in Artikel 5 Nr. 1 und 2 betreffend den Gerichtsstand des Erfüllungsortes bzw. denjenigen für Unterhaltsklagen). Schließlich waren verfahrensrechtliche Besonderheiten der beigetretenen Staaten zu berücksichtigen (Artikel 15, 18).

Auch die Änderungen des dem Übereinkommen beigefügten Zusatzprotokolls sowie des Auslegungsprotokolls von 1971 ergaben sich überwiegend zwangsläufig aus der Tatsache des Beitritts der drei neuen Mitgliedstaaten.

IV. 2. Beitrittsübereinkommen

Anders als bei dem 1. Beitrittsübereinkommen von 1978 ging es beim 2. Beitrittsübereinkommen vom 25. Oktober 1982 lediglich um eine auf die Beziehungen zu dem neuen Mitgliedstaat Griechenland beschränkte rechtstechnische Anpassung. In seinem Aufbau folgte dieses Übereinkommen dem Beitrittsübereinkommen von 1978. Es sieht sowohl den Beitritt Griechenlands zum GVÜ und zum Auslegungsprotokoll von 1971 (Artikel 1) als auch die notwendigen Änderungen des Übereinkommens selbst vor (Artikel 3 bis 8) und enthält Änderungen des dem Übereinkommen beigefügten Protokolls (Artikel 9) sowie des Auslegungsprotokolls (Artikel 10 und 11) und verfahrensrechtliche Übergangsbestimmungen (Artikel 12).

V. 3. Beitrittsübereinkommen

Wie das 1. Beitrittsübereinkommen enthält auch dieses Übereinkommen nicht nur rechtstechnische Anpassungen im Hinblick auf die neuen Vertragsstaaten, sondern eine Reihe praktisch bedeutsamer Änderungen, die in engem Zusammenhang mit dem Lugano-Übereinkommen zu sehen sind. Einige der im Lugano-Übereinkommen novellierten Vorschriften des GVÜ sind in das 3. Beitrittsübereinkommen übernommen worden. Allerdings stimmt die Fassung des GVÜ nach dem 3. Beitrittsübereinkommen nicht in allen Punkten mit dem Lugano-Übereinkommen überein, weil einzelne Vorschriften aus dem Lugano-Übereinkommen ihrerseits wiederum nur in geänderter Fassung übernommen worden sind.

Aus dem 3. Beitrittsübereinkommen sind insbesondere die Neuregelung in Artikel 5 Nr. 1 GVÜ für individuelle Arbeitsverträge, die Ergänzung des Artikels 16 Nr. 1 GVÜ durch eine Vorschrift für bestimmte Klagen aus Miete und Pacht unbeweglicher Sachen, die Neufassung des Artikels 17 Abs. 1 GVÜ und die Einschränkung der Prorogationsfreiheit für Streitigkeiten aus Arbeitsverträgen in dem neu eingefügten Absatz 5 dieser Bestimmung hervorzuheben.

VI. 4. Beitrittsübereinkommen

A. Allgemeines

In seinem Aufbau folgt das neue Beitrittsübereinkommen den ersten drei Beitrittsübereinkommen. Es handelt sich also um ein Übereinkommen zwischen der Republik Österreich, der Republik Finnland und dem Königreich Schweden sowie den bisherigen zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Wie das 2. Beitrittsübereinkommen enthält dieses Übereinkommen im wesentlichen nur rechtstechnische Anpassungen, die auf Grund des Beitritts der drei Staaten erforderlich sind.

Das 4. Beitrittsübereinkommen besteht aus einer Präambel, sechs Titeln und einem Anhang. In Titel I sind die allgemeinen Vorschriften aufgeführt (Artikel 1). Der Titel II enthält die erforderlichen Änderungen des Übereinkommens von 1968 (Artikel 2 bis 7), der Titel III Änderungen des dem Übereinkommen von 1968 beigefügten Protokolls (Artikel 8 bis 10) und der Titel IV Änderungen des Auslegungsprotokolls von 1971 (Artikel 11 und 12). In den Titeln V und VI sind die Übergangs- und Schlußbestimmungen aufgeführt.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen des Übereinkommens

Zu Titel I

Zu Artikel 1 (Beitrittserklärung)

Artikel 1 enthält die Beitrittserklärung zum Übereinkommen von 1968 und dem am 3. Juni 1971 in Luxemburg unterzeichneten Auslegungsprotokoll in der Fassung der ersten drei Beitrittsübereinkommen.

Zu Titel II

Zu Artikel 2 (Exorbitante Gerichtsstände)

Artikel 2 erweitert den in Artikel 3 Abs. 2 des Übereinkommens von 1968 (in der Fassung des Artikels 4 des Übereinkommens von 1978, des Artikels 3 des Übereinkommens von 1982 und des Artikels 3 des Übereinkommens von 1989) enthaltenen Katalog der exorbitanten Gerichtsstände. Für Österreich ist dort nunmehr der Gerichtsstand nach § 99 der Jurisdiktionsnorm, für Finnland der Gerichtsstand nach Kapitel 10 § 1 Abs. 1 Satz 2, 3 und 4 der Prozeßordnung und für Schweden der Gerichtsstand nach Kapitel 10 § 3 Abs. 1 Satz 1 der Prozeßordnung aufgeführt.

Zu den Artikeln 3 bis 6 (Ergänzung von Katalogen)

Die Artikel 3 bis 6 ergänzen die Bezeichnungen der zuständigen Gerichte und einzulegenden Rechtsbehelfe in den beigetretenen Staaten.

Zu Artikel 7 (Verhältnis zu anderen Verträgen)

Artikel 7 erweitert die Liste derjenigen Übereinkommen, die nach Maßgabe des Artikels 55 des Übereinkommens von 1968 (in der Fassung des Artikels 24 des Übereinkommens von 1978, des Artikels 8 des Übereinkommens von 1982 und des Artikels 18 des Übereinkommens von 1989) durch das GVÜ aufgehoben werden, um zwölf Abkommen, darunter auch den deutsch-österreichischen Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag vom 6. Juni 1959 (BGBl. 1960 II S. 1245).

Zu Titel III

Zu Artikel 8 (Sonderregelung für Gewährleistungs- oder Interventionsklagen im Protokoll von 1968)

Artikel V des dem Übereinkommen von 1968 beigefügten Protokolls trägt der besonderen deutschen Rechtslage bei Gewährleistungs- und Interventionsklagen Rechnung. Durch Artikel 8 wird diese Bestimmung auf Österreich erweitert.

Zu Artikel 9 (Erweiterung des Gerichtsbegriffs)

Durch Artikel 9 wird Artikel Va des dem Übereinkommen von 1968 beigefügten Protokolls geändert, um in Schweden auch summarische Verfahren zu erfassen, die vor dem Amt für Beitreibung auszutragen sind. Eine entsprechende Regelung besteht bereits für Unterhaltsverfahren in Dänemark.

Zu Artikel 10 (Begriff der öffentlichen Urkunden)

Durch Artikel 10 wird das dem Übereinkommen von 1968 beigefügte Protokoll ergänzt, um klarzustellen, daß als öffentliche Urkunden im Sinne des Artikels 50 Abs. 1 GVÜ auch vor Verwaltungsbehörden geschlossene oder von ihnen beurkundete Unterhaltsvereinbarungen oder -verpflichtungen anzusehen sind.

Zu Titel IV

Zu Artikel 11 (Anwendungsbereich des Auslegungsprotokolls)

Artikel 11 erweitert den Anwendungsbereich des Auslegungsprotokolls von 1971 (in der Fassung des Artikels 30 des Übereinkommens von 1978, des Artikels 10 des Übereinkommens von 1982 und des Artikels 24 des Übereinkommens von 1989) um das 4. Beitrittsübereinkommen.

Zu Artikel 12 (Vorlagepflichtige Gerichte)

Artikel 2 Nr. 1 des Auslegungsprotokolls von 1971 (in der Fassung des Artikels 31 des Übereinkommens von 1978, des Artikels 11 des Übereinkommens von 1982 und des Artikels 25 des Übereinkommens von 1989) zählt die vorlagepflichtigen Gerichte der einzelnen Mitgliedstaaten auf. Artikel 12 erweitert diese Liste für Österreich, Finnland und Schweden.

Zu Titel V

Zu Artikel 13 (Übergangsbestimmungen)

Artikel 13, der die intertemporale Anwendbarkeit des vorliegenden Übereinkommens im ganzen regelt, stimmt fast wörtlich mit Artikel 12 des 2. Beitrittsübereinkommens und Artikel 29 des 3. Beitrittsübereinkommens überein.

Nach Absatz 1 sind die Vorschriften des GVÜ und des Auslegungsprotokolls in ihrer neuen Fassung nur auf solche Klagen und öffentliche Urkunden anwendbar, die erhoben oder aufgenommen worden sind, nachdem das vorliegende Übereinkommen im Staat der Klageerhebung oder der Urkundenerrichtung in Kraft getreten ist.

Wird die Anerkennung oder Vollstreckung einer Entscheidung oder einer öffentlichen Urkunde geltend gemacht, ist Voraussetzung für die Anwendung des GVÜ und des Auslegungsprotokolls in ihrer neuen Fassung, daß das 4. Beitrittsübereinkommen sowohl im Ursprungsstaat als auch im Vollstreckungsstaat in Kraft getreten ist. Das Inkrafttreten im Anerkennungs- und Vollstreckungsstaat wird deshalb gefordert, weil, wenn im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht auch dieser Staat schon Mitgliedstaat des Beitrittsübereinkommens ist, ihm gegenüber nach Artikel 4 GVÜ noch exorbitante Zuständigkeiten in Anspruch genommen werden könnten und gegebenenfalls eine uneingeschränkte Pflicht zur Anerkennung und Vollstreckung in diesem Staat unzumutbar wäre.

Absatz 2 enthält eine Ausnahme von Absatz 1 für die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen. Diese werden im ersuchten Staat unter gewissen Voraussetzungen auch dann – und zwar nach Maßgabe des Titels III des GVÜ in der Fassung des vorliegenden Übereinkommens – anerkannt, wenn die Klage vor dem Inkrafttreten erhoben worden, die Entscheidung aber nach dem Inkrafttreten ergangen ist. Voraussetzung ist, daß das erkennende Gericht auf Grund von Vorschriften zuständig war, die mit Titel II des GVÜ (in der Fassung des Übereinkommens von 1989) oder mit den Vorschriften eines anderen Abkommens, das im Zeitpunkt der Klageerhebung zwischen dem Ursprungsstaat und dem ersuchten Staat in Kraft war, übereinstimmen. In diesem Fall besteht das oben erwähnte Bedenken im Hinblick auf die exorbitanten Zuständigkeiten nicht.

Zu Titel VI

Zu den Artikeln 14 bis 18 (Schlußbestimmungen)

Die Artikel 14 bis 18 enthalten die üblichen Schlußbestimmungen über den Wortlaut in den verschiedenen Sprachen, die Ratifikation und die Mitteilungspflichten. Das Inkrafttreten wird in Artikel 16 in gleicher Weise geregelt wie in Artikel 32 des 3. Beitrittsübereinkommens. Nach Artikel 16 Abs. 1 setzt das vorliegende Übereinkommen nur zwei Ratifikationen voraus, von denen eine diejenige eines der beitretenden Staaten Österreich, Finnland und Schweden sein muß. Artikel 16 Abs. 2 besagt, wann das Übereinkommen für die Staaten in Kraft tritt, die das Übereinkommen ratifizieren, nachdem es bereits nach Absatz 1 in anderen Staaten in Kraft getreten ist.

Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 82114045 2. 98
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333